

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 6 86 846 pabn d

Inhalt

Siegmar Mosdorf setzt sich mit der Reorganisation des Konservatismus auseinander: Die Spaltung der Gesellschaft stoppen.

Seite 1

Gerd Walter MdEP verurteilt die Befürwortung von Strauß für erweiterten Waffenexport: Aus der Geschichte nichts gelernt.

Seite 5

Gustav Starzmann MdL wirft der bayerischen Staatsregierung vor, die Folgen von Tschernobyl zu verschweigen: Die Reaktor-katastrophe und die Kälber von Traunstein.

Seite 6

42. Jahrgang / 72

14. April 1987

Die Spaltung der Gesellschaft stoppen

Der Reorganisation des Konservatismus entgegenzutreten

Von Siegmar Mosdorf
SPD-Landesgeschäftsführer Baden-Württemberg

Die Bundestagswahl hat den Konservatismus in Deutschland befestigt. Auch wenn die Bundestagswahl das nicht war, die Hessen-Wahl hatte den Charakter einer „Durchsetzungswahl“. In der Bundesrepublik Deutschland hat sich der Konservatismus in den letzten 15 Jahren reorganisiert. Die Bundesrepublik Deutschland ist heute in ihrem gesellschaftspolitischen Klima, in ihrer politischen Kultur und in ihrem Alltagsleben eine andere Republik als Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre:

So wie zum Beispiel die Pille in den 60er Jahren die Sexualmoral verändert hat, so haben in den 70er und 80er Jahren die Chips die Arbeitsmoral verändert und so wird in den 80er und 90er Jahren die Wohlfahrt die Sozialmoral in Deutschland verändern.

Der wirtschaftliche und soziale Wandel verändert das Gesicht unserer Gesellschaft und solche Veränderungen sind am ehesten am Sozialverhalten der Menschen abzulesen:

- Wenn die Menschen zwar äußerlich immer reicher, aber innerlich ärmer werden,
- wenn man die Addition der Egoismen als Gemeinwohl definiert,
- wenn behauptet wird, daß der Grenznutzen der Solidarität bei immer mehr gesellschaftlicher Wohlfahrt abnimmt,
- wenn Armut und Not immer mehr zu einer asozialen Kategorie stigmatisiert werden,
- wenn Mitbestimmung eingegrenzt und
- wenn gesellschaftliche Minderheiten als Randgruppen ausgegrenzt werden,

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2—10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kreisdruck-Druckerei
mit wertvollem Recycling-
Papier



- wenn die Gewerkschaften immer mehr gefesselt werden,
- wenn die Leistung immer mehr in einen Gegensatz zur Solidarität gebracht
- und Freiheit immer mehr gegen soziale Sicherheit ausgespielt wird,

dann wird das Sozialstaatsgebot unseres Grundgesetzes ausgehöhlt und verbogen.

Der Sozialstaat ist eine der großen Errungenschaften des 19. und des 20. Jahrhunderts. Er war die Antwort auf die Herausbildung der privatwirtschaftlich-organisierten Industriegesellschaft.

Vor 100 Jahren lebte die entwurzelte, in die Städte getriebene Arbeitnehmerschaft in Armut und Not. Die Industrialisierung riß Löcher in die familialen Netze der sozialen Sicherheit. Es waren vor allem Sozialdemokraten und Gewerkschafter, die sich dafür engagierten, die Menschen von sozialer Not zu befreien. Soziale Sicherheit wurde mit Hilfe des Wirtschaftswachstums langsam gegen den autoritär-aristokratischen Hoheitsstaat durchgesetzt. Soziale Sicherheit schuf damals Freiheit, Freiheit von Not nämlich.

Im Nachkriegsdeutschland war die deutsche Arbeitnehmerschaft geprägt durch die Trümmer, das Chaos und den Hunger, vor allem an der Verbesserung des Lebensstandards und an rechtsstaatlicher Ordnung interessiert. Dieses Interesse war nach der Hitlerdiktatur, nach Krieg und Neuanfang aus dem Nichts durchaus verständlich. Doch die private Rationalität dominierte fortan die Lebens- und Arbeitswelt der Menschen. Heute leben die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland in relativer Wohlfahrt, im Vergleich zur eigenen Vergangenheit in relativem Reichtum, im Vergleich zur Unterentwicklung und zur Armut in der Dritten Welt sogar in relativem Überfluß. „Relativ“ deshalb, weil es auch heute noch erhebliche Unterschiede im Lebensstandard der Menschen in der Bundesrepublik gibt und die jeweilige Bezeichnung nur die Quersumme auf den Begriff bringen will. Die enorme Wohlfahrtsentwicklung der letzten 100 Jahre war für breite Schichten noch die Erfüllung der Wohlstandsvision, aber für die gesellschaftlichen Oberschichten zugleich schon der Ausgangspunkt ihrer Wohlfahrtsstaatskritik.

Die konservative Wohlfahrtsstaatskritik, kommt sie vom klassischen Konservatismus mit dem Vorwurf des Funktionswandels des Staates vom starken Hoheits- zum schwachen Ordnungs- und vielgefragten Leistungsstaat oder vom Ordoliberalismus - einer Mixtur aus den theoretischen Konzepten des Neoliberalismus, des kritischen Rationalismus und Carl Schmitts Dezisionismus -, die konservative Wohlfahrtsstaatskritik operiert heute auf dem Hintergrund der großen Wohlfahrt, in der wir leben. Die gesellschaftliche Lebenskultur der modernen Industriegesellschaften ist durch einen weitverbreiteten Wohlfahrtsliberalismus geprägt, mit dem ein nihilistischer Individualismus die Kategorie Solidarität immer mehr verdrängt.

Hermann Scheer hat neulich in einem bemerkenswerten Vorwort für die deutsche Übersetzung eines bemerkenswerten Buches über die Verhaltensnormen der amerikanischen Mittelschichten auf den radikalisierten Individualismus und den damit sich wie ein Opium verbreitenden Egoismus hingewiesen und hinzugefügt: „Meine Hauptsorge ist, daß dies in einer Zeit zu einer Massenerscheinung zu werden beginnt, in der gleichzeitig immer offenkundiger wird, daß keine der zentralen zivilisatorischen Herausforderungen mehr ohne solidarische und gerechtere und damit im Kern eben nicht-individualistische Verhaltensnormen bewältigt werden kann.“

Wie wir mit diesem neuen Individualismus der Wohlfahrtsgesellschaften, der den Grundwert der Solidarität gefährdet, fertigwerden, wie wir mit ihm umgehen, das ist die eigentliche neue soziale Frage.

Man kann die Menschen zwar auf die „andere Seite der Freiheit“ hinweisen, aber man kann ihnen in der Wohlfahrtsgesellschaft von heute nicht solidarisches oder gar kollektives Verhalten einfach einflößen.



Eine solche Gesellschaftspolitik der Gewerkschaften oder auch der SPD beschränkte ihre Wirkungskraft auf die 1/3-Gesellschaft der traditionsbewußten Arbeiterbewegung und der sozialen Minoritäten.

Ich denke, die Aufgabe der Gewerkschaften, der Sozialdemokraten und der Sozialpolitiker wird darin bestehen, so wie bei „Arbeit und Umwelt“ ein Versöhnungskonzept zwischen „Leistung und Solidarität“, zwischen „Freiheit und sozialer Sicherheit“ zu entwickeln und den Begriff der Gerechtigkeit neu zu definieren und die gesellschaftliche Wirklichkeit an diesem Begriff zu messen. Zwischen den schwarzen und den grünen Fundamentalismen wollen wir mit dem Konzept „Arbeit und Umwelt“ - Für eine ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft“ für unvereinbar Erklärtes zusammenbringen und eine Reformperspektive entwickeln. Dies muß nun auch in der Zentralkategorie der Gesellschaftspolitik mit einem Konzept „Leistung und Solidarität - für eine soziale Erneuerung der Industriegesellschaft“ geschehen.

Dabei müssen wir alte soziale Fragen stellen und neue beantworten:

- Warum es bis heute nicht gelungen ist, die Primäreinkommen gerechter zu verteilen?
- Warum die Einkommensungerechtigkeit durch aufwendige Transferleistungssysteme korrigiert werden muß?
- Wofür die gesellschaftliche Produktivität in Zukunft vor allem verwendet werden soll: für mehr materiellen Wohlstand oder für einen neu definierten Begriff von gesellschaftlicher Wohlfahrt?
- Ob heute Arbeitszeitverkürzung nicht mehr Freiheit für den Einzelnen oder die Gesellschaft bringt als die bloße Einkommenssteigerung?
- Wie wird die Arbeitsorganisation weiter entwickelt? Schaffen wir es, den Taylorismus zu stoppen und eine Reintegration der Fertigungsprozesse zu organisieren?
- Ob die Familie nicht nach ihrer Atomisierung im Industriezeitalter im 21. Jahrhundert wieder eine ganz neue Bedeutung erhält?
- Welche Chancen aber auch welche Risiken liegen in der Neuorganisation der Rollenteilung der Geschlechter?
- Welche Formen der sozialen Selbsthilfe unser Sozialsystem menschlicher gestalten würde?
- Welche neuen Formen der sozialen Selbstverwaltung die demokratische Beteiligung der Menschen erhöhen können?
- Welche öko-soziale Prävention lebenswichtig ist?
- Welche neuen Finanzierungsformen der sozialen Sicherung die wirtschaftlichen und sozialen horizontalen Disparitäten abbauen können?

Wir müssen aber auch neue soziale Ziele für das 21. Jahrhundert definieren und Mut zu sozialen Utopien haben. Denn zuviel hat sich geändert und zu rasend ist die wirtschaftliche und soziale Veränderung in der Zukunft. Wenn man sich paradigmatisch einige Daten des gesellschaftlichen Strukturwandels unseres Zeitalters vergegenwärtigt, wird klar, um welche enormen Verschiebungen es sich handelt. Die folgenden Daten stellen nur ein fragmentarisches Gerüst für einen notwendigen Bezugsrahmen des gesellschaftlichen Wandels dar; aber mit ihnen soll nach hinten und nach vorne abgesteckt werden, wie sich die Arbeits- und Lebensbedingungen in ungefähr 150 Jahren verändern werden:

Anfang dieses Jahrhunderts betrug die Lebenserwartung der Menschen in Deutschland etwa 47 Jahre. Bis Ende dieses Jahrhunderts wird eine Lebenserwartung der Menschen von durchschnittlich 80 Jahren vorausgesagt, das heißt in 100 Jahren sind ganz neue Lebens- und Versorgungsabschnitte und damit auch ganz neue Beziehungen zwischen den Generationen entstanden.



Vor 50 Jahren begann die Erwerbstätigkeit für den Menschen im Durchschnitt mit 13 Jahren. Die Menschen arbeiteten dann ihr Leben lang. In 50 Jahren wird nach allen Prognosen die Erwerbsarbeit im Durchschnitt vielleicht mit 20 Jahren beginnen und mit 50 Jahren enden, wenn es nicht gelingt, diese im Leben anders zu verteilen.

Entsprechend der niedrigen Lebenserwartung und der Arbeit bis zuletzt, gab es zu Beginn dieses Jahrhunderts pro Erwerbstätigen nur eine kleine Zahl von zu versorgenden Rentnern. Heute kommen 23 Millionen Erwerbspersonen im Generationenvertrag für 12 Millionen Rentner auf, und im Jahr 2050 soll das Verhältnis zwischen Erwerbspersonen und Rentnern 1:1 sein. Eine Entwicklungsperspektive, die deutlich macht, daß unser heutiges Rentenversicherungssystem dann so nicht mehr finanzierbar ist.

Vor der industriellen Revolution im letzten Jahrhundert arbeiteten fast alle Arbeitnehmer in der Nähe ihrer Wohnung, heute gehen fast 90 Prozent aller Arbeitnehmer ihrer Arbeit außerhalb des eigenen Hauses nach, für die Mitte des nächsten Jahrhunderts wird vorausgesagt, daß wieder fast jede zweite Erwerbsperson zu Hause arbeitet.

Während zu Beginn des Jahrhunderts fast alle Erwerbstätigen, die einer Lohnarbeit nachgingen, entweder im primären oder im sekundären Sektor tätig waren, sind es 1950 im primären Sektor noch 23 Prozent, im sekundären Sektor 42 Prozent und im tertiären Sektor 31 Prozent. Heute ist der primäre Sektor auf fünf Prozent geschrumpft, der sekundäre Sektor stagniert bei 43 Prozent und der tertiäre Sektor hat die 50 Prozent schon überschritten und wird weiter zunehmen. Die großen Chancen dieser Modernisierung der Industriegesellschaft liegen vor allem in der Veränderung des Arbeitsvolumens und der ökologisch verträglichen Produktions-, Produkt- und Reproduktionsstruktur.

Zu Beginn dieses Jahrhunderts gingen die Menschen etwa 70 Stunden in der Woche ihrer Erwerbstätigkeit - im Sinne von Lohnarbeit - nach, heute sind es im Durchschnitt 42 Stunden und in 50 Jahren werden wir wahrscheinlich nur noch 25 bis 30 Stunden in der Woche diese Form der Erwerbstätigkeit leisten und gleichzeitig vermehrt anderen Tätigkeiten nachgehen. Diese Entwicklungslinie und die Tatsache, daß die Erwerbstätigkeit der Frau von 18 Prozent zu Beginn dieses Jahrhunderts auf heute über 52 Prozent gestiegen ist, verändert die Tätigkeitsfelder von Mann und Frau in der Arbeitswelt und in der arbeitsfreien Zeit ganz rapide.

Vor circa 50 Jahren lebten 20 Prozent aller Menschen in 1- und 2-Personen-Haushalten. Heute sind das bereits 58 Prozent und in 50 Jahren sollen es nach einigen Projektionen 71 Prozent sein.

Diese Zukunftsdaten entsprechen nicht meinen Zielvorstellungen, sie sind vielmehr mittlere Projektionen unter bestimmten Annahmen. Sichtbar wird durch diese Daten, daß sich die Arbeits- und Lebensverhältnisse so schnell und grundlegend verändern werden, daß auch der Staat einem dauernden Funktionswandel unterliegt.

Jürgen Habermas hat die These vertreten: „Die Sozialstaatsentwicklung ist in eine Sackgasse geraten. Mit ihr erschöpfen sich die Energien der arbeitgesellschaftlichen Utopie. Die Antworten der Legitimisten und der Neokonservativen bewegen sich im Medium eines Zeitgeistes, der nur noch defensiv ist; sie drücken ein Geschichtsbewußtsein aus, das seiner utopischen Dimension beraubt ist. Auch die Dissidenten der Wachstumsgesellschaft verharren in der Defensive. Ihre Antwort könnte nur in Offensive gewendet werden, wenn das Sozialstaatsprojekt nicht einfach festgeschrieben oder abgebrochen, sondern auf höherer Reflexionsstufe fortgesetzt würde.“

Die konservative Wohlfahrtsstaatskritik einerseits und der Reformstau im Sozialstaat andererseits verlangt von uns für die Zukunft nicht mehr neue Konzepte für eine humane soziale Ökonomie, sondern auch für eine humane soziale Ökologie.

Ich möchte die provozierende These wagen, daß gerade die relative Wohlfahrt, in der wir leben, nicht weniger sondern mehr gerechteren Ausgleich verlangt. Sie verlangt allerdings einen Gerechtigkeitsbegriff der das Spannungsverhältnis zwischen Leistung und Solidarität in eine konstruktive Bahn lenkt, mit dem die Starken für die Schwachen eingenommen werden. Nur so kann die Spaltung der Gesellschaft in eine 2/3- und 1/3-Gesellschaft aufgehalten werden. Nur so kann verhindert werden, daß die Mittel- und Oberschichten fröhlich weiter mit dem Luxusliner auf den Eisberg zufahren, während die Unterschichten schon längst über Bord gegangen sind. (-/14.4.1987/rs/ks)

* * *

(Der Beitrag basiert auf einem Vortrag, den Siegmund Mosdorf am 11. April 1987 zur Einleitung des Sozialpolitischen Kongresses „Die Zukunft des Sozialstaates“, veranstaltet von der SPD Baden-Württemberg in Stuttgart, gehalten hat).



Strauß und die Waffen

Der CSU-Chef hat die Lektion der jüngsten Geschichte nicht begriffen

Von Gerd Walter MdEP
Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten

Die Bemühungen des bayerischen Ministerpräsidenten, als Fürsprecher des internationalen Waffenhandels und Anpeitschers der Rüstungsindustrie Schlagzeilen zu machen, beweisen erneut, daß Franz Josef Strauß ein Mann von gestern ist. Auf jeden Fall hat er seine Lektion aus der jüngsten Geschichte nicht gelernt.

Strauß gibt vor, sich Gedanken um die Meisterung der Zukunft zu machen. Dabei ist er nichts weiter als ein internationaler Waffennarr, der sich über jede Pistole freut, die ihm irgendein Diktator schenkt. Und dafür ist er dann allzu gern Vermittler von Waffengeschäften großen Stils.

Die deutschen und europäischen Interessen sind überall auf der Welt besser durch friedliche Produkte, die den Empfängerländern bei der Überwindung ihrer heimischen Probleme helfen, vertreten, als durch Waffen, die einzig die Produzenten und die Schieber reicher und die Armen so oder so tot machen.

Ziel der EG darf nicht ein Ausweiten des Waffenhandels, sondern muß eine zunehmend strenge Verminderung der Exporte sein. Absurd ist die Auffassung von Strauß, Saudi Arabien müsse wegen seiner gegenwärtigen innenpolitischen Verfassung mit Waffen des Westens beglückt werden. Das beweist, daß Strauß Schwierigkeiten mit dem Kurzzeit-Gedächtnis bekommt. Sonst hätte er ein besseres Erinnerungsvermögen für die erfolgreichen Waffenlieferungen der USA an den „gemäßigten“ Schah von Persien. Diese Waffen dienen heute dem erklärten Feind der USA und ziehen immer neue Verwicklungen nach sich. Insofern: Gute Zeit für Waffenfreunde vom Typ Strauß. Tatsächlich aber wachsen die Stimmen derjenigen, die auf eine Neuorientierung der Rüstungsindustrie drängen.

Ich erinnere daran,

- daß sich die gesamten Rüstungsausgaben in der Welt 1985 auf rund 850 Milliarden Dollar (Jahrbuch des Internationalen Friedensforschungsinstituts Stockholm SIPRI) und damit auf ein Vielfaches der Beträge belaufen, die für die Bekämpfung von Hunger, Krankheit und Not ausgegeben werden. Zugleich führen umfangreiche Waffenkäufe in zahlreichen Ländern der Dritten Welt zu Konflikten und bremsen die wirtschaftliche und soziale Entwicklung dieser Länder;
- daß die Internationale Nord-Südkommission unter der Leitung von Willy Brandt festgestellt hat, daß das Wettrüsten nicht nur eine ständige Bedrohung des Friedens, sondern auch eine erhebliche Vergeudung menschlicher, wissenschaftlicher, natürlicher und wirtschaftlicher Ressourcen ist: Mehr Waffen erhöhen nicht die Sicherheit, sondern nur die Armut der Menschen;
- daß die Internationale Arbeitsorganisation auf ihrem Kongreß in Manila bereits im November 1981 die Regierungen aufgefordert hat, wie von den Vereinten Nationen empfohlen, die notwendigen Maßnahmen und Pläne zur Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Aktivitäten und zur Erhaltung der Arbeitsplätze der betroffenen Arbeitnehmer auszuarbeiten;
- daß im April 1982 der Kongreß des Europäischen Gewerkschaftsbundes die Rechtfertigung von Rüstungsausgaben aus wirtschaftlichen Gründen unter Hinweis auf Arbeitsplätze nachdrücklich abgelehnt hat: Er wies die gefährliche Doktrin entschieden zurück, die das Beschäftigungsniveau an die Herstellung und Entwicklung immer perfekterer Waffen koppeln will.

Strauß ist stets auf der Seite derjenigen, die nach Waffen schreien. Er ist der Prototyp jener Politiker-Generation, die Waffen benötigen, weil ihnen die Argumente ausgegangen sind und sie in der Dritten Welt jene zu ihren Freunden zählen, die ihre Herrschaft nicht auf den Willen der Völker, sondern auf die Macht der Waffen stützen.

(-/14.4.1987/rs/ks)

* * *



Tschernobyl und die Kälber von Traunstein

Die bayerische Staatsregierung versucht die Folgen der Reaktorkatastrophe zu bestreiten

Von Gustav Starzmann MdL
Agrarpolitischer Sprecher im Bayerischen Landtag

Die verharmlosende Erklärung der bayerischen Staatsregierung, Tschernobyl habe zu keinen Mißbildungen bei Kälbern geführt, läßt sich auf keinen Fall aufrechterhalten. Als Beleg dafür verweise ich auf die Übersicht eines Landwirts im Landkreis Traunstein, der über Früh-, Miß- und Totgeburten Buch geführt hat und dessen Angaben von einem Tierarzt bestätigt wurden.

Daraus ergibt sich folgendes Bild: 26 Kühe wurden aus Rücksicht auf die Strahlenverseuchung des Grases in den Wochen nicht auf die Weide getrieben; bei ihnen und ihrem Nachwuchs waren keine Auffälligkeiten festzustellen. Anders jedoch bei den sieben Jungkühen, die - weil das Trockenfutter nicht ausreichte - ab dem 15. Mai auf die Weide getrieben werden mußten. Alle brachten Früh- oder Totgeburten zur Welt oder Kälber mit schweren Mißbildungen.

Die Staatsregierung war bisher nicht bereit, solche Auffälligkeiten zu sehen. In der Antwort auf eine Schriftliche Anfrage hatte sie mir lapidar mitgeteilt, daß vom 1. Februar 1986 bis zum 31. Januar 1987 1,98 Prozent Totgeburten bei Kälbern in Bayern anfielen; im Jahr zuvor seien es 1,91 Prozent gewesen. Minister Eisenmann: „Daraus geht eindeutig hervor, daß der Anteil der Totgeburten in der in Frage kommenden Zeit sich nicht erhöht hat.“ Die Mißbildungen im fraglichen Zeitraum nennt der Minister „genetisch bedingt, weil sie nahezu ausschließlich in der Nachkommenschaft eines Vätertieres nachgewiesen wurden. Eine direkte Zuordnung einzelner Betriebe mit hoher radioaktiver Belastung beim Auftreten von Totgeburten und Anomalien ist praktisch unmöglich und außerdem wenig aussagekräftig.“

Der Landwirtschaftsminister hat keine Zweifel. Dies geht aus seinen weiteren Antworten hervor: „Die Befürchtung mancher Landwirte, daß die Totgeburts- beziehungsweise Mißbildungsrate unter dem Einfluß einer hohen Radioaktivität des Futters erhöht wurde, kann nicht bestätigt werden.“ Eine glatte Absage erteilte Minister Eisenmann meinem Wunsch nach weiteren Untersuchungen: „Weitere großflächige Untersuchungen werden nicht für notwendig erachtet. In Einzelfällen wird beim Auftreten von Mißbildungen den ursächlichen Zusammenhängen nachgegangen, falls der Tierhalter seiner Meldepflicht nachkommt.“

Ich bin erschüttert, wie der zuständige Minister ein wichtiges Problem verharmlost. Zum Beispiel, wenn er mitteilt, die Rate der Totgeburten habe sich im Einjahreszeitraum zwischen Februar 1986 und Januar 1987 kaum erhöht. Hier läßt der Minister nämlich drei wesentliche Aspekte außer Acht: Erstens der Zeitraum ist falsch angesetzt. Die Gefahren für die ungeborenen Kälber bestanden vor allem dann, wenn die Zeugung in einem Zeitraum von zehn Wochen vor bis zehn Wochen nach Tschernobyl erfolgte. Bei früheren Zeugungen konnte die Strahlung kaum noch Einfluß auf das Erbgut nehmen, bei späteren Zeugungen war die Strahlung bereits stark abgeklungen. Es hätten also Zeiträume verglichen werden müssen, die nur einen Bruchteil des Jahres 1986 ausmachen und bis weit in das laufende Jahr hineinreichen. Weiter ist die Statistik landesweit, verschleiert also besondere Auffälligkeiten in den radioaktiv belasteten Gebieten.

Zweitens ist die Theorie, Mißbildungen wären hauptsächlich auf schadhaftes Genmaterial des Vaters zurückzuführen, eindeutig widerlegt. Die sieben Jungkühe im landwirtschaftlichen Betrieb im Landkreis Traunstein waren durch mindestens fünf verschiedene Väter besamt worden. Die anderen Kühe im Stall hatten von den gleichen Vätern nur gesunde Kälber zur Welt gebracht.

Drittens: Statistische Aussagen über Totgeburten bei Kühen reichen nicht aus. Von der Definition einer Totgeburt - tot zur Welt gekommen oder spätestens nach 48 Stunden gestorben - wären genau zwei der neun Kälber erfaßt gewesen.

Ich hoffe, daß diese präzisen Beispiele auch das Landwirtschaftsministerium abhalten, weiter leichtfertig und ungeprüft verharmlosende Behauptungen aufzustellen. Erforderlich sind nun großflächige, aber sehr detaillierte Untersuchungen über Frühgeburten, Mißgeburten und Totgeburten bei Kühen in den besonders stark radioaktiv belasteten Regionen des Freistaates über den Zeugungszeitraum von jeweils zehn Wochen vor und nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl und Vergleichsuntersuchungen in nur gering belasteten Regionen. Wenn die Staatsregierung nach diesen Untersuchungen feststellt, es gibt keine Auffälligkeiten, kann man dies glauben, aber nicht, wenn ohne sachliche Grundlage verharmlost wird. Die Staatsregierung ist nach wie vor gefordert. Das Beispiel aus dem Landkreis Traunstein sollte Anlaß genug sein, auch sie endlich zum Nachdenken und zum Handeln zu bringen.

(-/14.4.1987/rs/ks)

